



Andreas Pettenkofer

DIE ENTSTEHUNG DER GRÜNEN POLITIK

Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung

campus

Die Entstehung der grünen Politik

Andreas Pettenkofer, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt.

© Campus Verlag GmbH

Andreas Pettenkofer

Die Entstehung der grünen Politik

Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39417-6

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2014 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Hubschraubereinsatz gegen Demonstranten in Brokdorf, 1981, dabei wird aus der Luft Tränengas eingesetzt, © Günter Zint.

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Dieser Titel ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Vorwort.....	8
I. Die Entstehung eines Protestfelds (1966–1973)	
Einleitung.....	37
1. Außerparlamentarischer Protest und die Dynamik von Kirche und Sekte	39
1.1 Die Vorbereitung einer radikalen Gesellschaftskritik.....	39
1.2 Der lokale Kalte Krieg und das Modell der Guerilla.....	50
1.3 Gewalterfahrungen und die Synchronisation der Protestdynamiken	59
2. Der »antiautoritäre« Diskurs und seine Spannungslinien.....	67
2.1 Das »Organisationsreferat«	67
2.2 Die Radikalisierung des Deutungsmusters.....	80
3. Die »neue Linke« als Organisationsfeld und Konkurrenzordnung	98
3.1 Die erste Abweichung: Die ML-Organisationen	99
3.2 Die zweite Abweichung: Die »Gewaltfreien Aktionsgruppen«.....	114
3.3 Die »Undogmatischen«	123
3.4 Die Einheit des Protestfelds	124
II. Die Sakralisierung der politischen Ökologie (1974–1977)	
Einleitung.....	135
4. Der Beginn des »gewaltfreien« Protests gegen Atomkraft: Wyhl.....	136
4.1 Die Unwahrscheinlichkeit des ökologischen Protests.....	136

4.2	Die Sehnsucht nach der Volksbewegung	140
4.3	Der Wyhler Konflikt und der Wandel des Deutungsmusters.....	160
5.	Der Beginn des »militanten« Protests gegen Atomkraft: Brokdorf.....	175
5.1	Ansteckungskraft des Sakralen (1): Der neue Symbolstatus der Atomkraft.....	184
5.2	Logik der Sekte (1): Konkurrenzkämpfe im Protestfeld.....	188
5.3	Ansteckungskraft des Sakralen (2): Erfahrungen des gemeinsamen Protestierens	199
6.	Die Entstehung einer Anti-AKW-Bewegung.....	207
6.1	Ansteckungskraft des Sakralen (3): Die negative Sakralisierung der Kerntechnik.....	209
6.2	Logik der Sekte (2): Die Polarisierung des Protestfelds.....	227
III. Die außerparlamentarische Verfestigung der grünen Politik (1978–1984)		

Einleitung.....	237
7. Die Euphorie des Protests.....	239
7.1 Die erste Verschlechterung der Gelegenheiten.....	239
7.2 Die Kontinuität des »gewaltfreien« Protests: Das Beispiel der Gorleben-Kampagne	247
7.3 Die Kontinuität des »militanten« Protests: Das Beispiel der Großdemonstration bei Brokdorf, Februar 1981.....	266
7.4 Zwischenfazit: Konkurrierende Euphorien	278
7.5 Das Scheitern der rationalen Organisation (1): Der Niedergang der ML-Organisationen.....	281
8. Die Entstehung einer Katastrophenkosmologie.....	288
8.1 Der nukleare GAU als Paradigma	289
8.2 Technik und Krieg: Der Beginn der neuen Friedensbewegung..	294
8.3 Zwischenfazit: Der Mechanismus der Generalisierung.....	300
8.4 Exkurs zur Wiederkehr des Protestdiskurses im Gewande seiner soziologischen Beschreibung.....	303
9. Protest als Beweishandlung	307

9.1 Die zweite Verschlechterung der Gelegenheiten	308
9.2 Das Scheitern der rationalen Organisation (2): Der Niedergang des BBU	313
9.3 Die Grenzerhaltung der »Gewaltfreien Aktionsgruppen«.....	316
9.4 Die Fortsetzung des »autonomen« Engagements.....	324
Fazit	335
Nachbemerkungen zur Methode.....	350
Nachweise.....	358
Quellen und Literatur	360

Vorwort

Die Existenz einer »grünen« politischen Option scheint heute selbstverständlich; wer andere Parteien wählt, hält es doch für normal, dass es auch grüne Parteien gibt. Dennoch bedeutet die Entstehung dieser grünen Politik einen tiefgreifenden, durchaus unwahrscheinlichen Wandel der politischen Kultur, für den eine plausible Erklärung immer noch aussteht. Das gilt gerade auch für den Fall der alten Bundesrepublik. Die *Organisationsgeschichte* der grünen Partei, einschließlich ihrer Gründungsgeschichte, ist zwar gut erforscht.¹ Die Frage bleibt aber: Wie konnten sich eigentlich die kulturellen Voraussetzungen bilden, die dann auch die Gründung einer solchen Organisation sinnvoll und wertvoll erscheinen ließen? Wie kam es zu dem tieferen Einverständnis, das eine enge Kooperation zwischen Gruppen erlaubte, die untereinander höchst zerstritten schienen? Hier lohnt es sich, nochmals jene »neulinke« Protestbewegung in den Blick zu nehmen, die in den 60er Jahren in Gang kommt und über die Mitte der 80er Jahre hinaus andauert; das »grüne« Deutungsmuster wurde wesentlich durch die Eigendynamik dieser Protestbewegung hervorgebracht. Darum bietet die Untersuchung dieses Falls auch Gelegenheit, ein Set sozialer Mechanismen genauer zu begreifen, die auch in anderen Fällen einen kulturellen Wandel antreiben, mit dem so nicht zu rechnen gewesen wäre.

Denn das »grüne« Muster unterscheidet sich deutlich vom Programm eines »Naturschutzes«² wie auch von der damals neuen sozialliberalen Umweltpolitik³. Der Unterschied liegt nicht bloß darin, dass das »Grüne« nun

1 Vgl. zunächst Joachim Raschke u.a., *Die Grünen*, 1993; Silke Mende, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«. *Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, 2011.

2 Dazu Jens Ivo Engels, *Naturpolitik in der Bundesrepublik*, 2006, und am bayerischen Fall: Ute Hasenöhr, *Zivilgesellschaft und Protest*, 2011. Den überraschenden Charakter der weiteren Entwicklung betont auch Engels, »Umweltschutz in der Bundesrepublik – Von der Unwahrscheinlichkeit einer Alternativbewegung«, 2010.

3 Dazu Edda Müller, *Innenwelt der Umweltpolitik*, 1986; Kai F. Hünemörder, *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik*, 2004.

zu einem eigenen Standpunkt aufgewertet wird, der eine neue politische Perspektive eröffnet. Die ganze Richtung der Aufmerksamkeit verschiebt sich gegenüber jenen älteren Politisierungen von ›Natur‹: Erstens konzentriert sich die grüne Kritik zunächst auf einen anderen Gegenstand – nicht auf den Schutz von ›Natur‹ und nicht auf die im industriellen Normalbetrieb mitlaufenden, erst kumulativ wirksamen Schädigungen, sondern auf die Möglichkeit *katastrophaler* Schäden, zuallererst: auf die möglichen Nebenfolgen der (im älteren Naturschutz oft positiv bewerteten) AKW-Technik. Ein Teil des zu lösenden Rätsels lautet hier: Wie kann sich eine Partei stabilisieren, für die der Ausstieg aus der AKW-Technik die einzige nicht verhandelbare Frage darstellt? Zweitens bedeutet diese Art, den katastrophalen Schaden zum Modell zu erheben, nicht nur einen zugespitzten Hinweis auf ein technisches Einzelproblem. Sie bricht rhetorisch mit einem zentralen ›industriegesellschaftlichen‹ Legitimationsmuster, das drohende Schäden als kalkulierbar, durch Versicherungslösungen aufzufangen und letztlich im Namen kollektiv geteilter Ziele hinzunehmen begreift.⁴ (Ein Zeichen dafür, wie sehr das zeitgenössische Beobachter irritierte: Auch der Systemtheoretiker Luhmann beklagt nun, dass »die Bedingungen unterstellbaren Konsenses und kommunikativer Verständigung gesprengt werden.«⁵) Drittens bleibt die ›grüne‹ Politik eben nicht auf die Themen Technik und ›Natur‹ begrenzt, sondern betreibt eine zuvor kaum denkbare Verknüpfung der Themen ›Technik‹, ›Krieg‹ und ›Geschlecht‹, die nun *gemeinsam* zu Gegenständen der Aufmerksamkeit werden; die Entstehung des grünen Deutungsmusters ist auch die Entstehung eines neuen *Klassifikationsschemas* politischer Probleme. Eine weitere Frage lautet also: Wie kommt es zu der Vorstellung, dass diese Themen eng zusammengehören?

Zugleich zeigt sich ein neuer *Verlust* an Aufmerksamkeit. Gut erkennen lässt sich das zunächst bei den heutigen Grünen-Wählern. Zwar ordnet sich dieses Politikmuster – abgesehen von einem kurzen Zwischenspiel in

4 Zum historisch voraussetzungsvollen Charakter des ›Risiko‹-Schemas wie zu seiner politischen Integrationswirkung vgl. die Arbeiten des Foucault-Schülers François Ewald: ders., *L'État-Providence*, 1986 (dt. Teilübers.: *Der Vorsorgestaat*, 1993); ders., »Die Versicherungs-Gesellschaft«, 1989. Recht ähnliche Beschreibungen des kulturellen Wandels, den das Brüchigwerden dieses Schemas bedeutet, geben – mit je unterschiedlichen Erklärungsvorschlägen – Mary Douglas, Aaron Wildavsky, *Risk and Culture*, 1982, und Niklas Luhmann, *Soziologie des Risikos*, 1991. Da die neue Kritik dieses ›Risiko‹-Schema verlässt, ist es nicht unproblematisch, die mit ihr entstehende Konfliktkonstellation unter dem Titel ›Risikogesellschaft‹ zu diskutieren.

5 Luhmann, *Soziologie des Risikos*, S. 4.

der Parteigründungsphase – eindeutig dem »linken« Teil des politischen Spektrums zu. In Umfragen fällt aber auf, dass »gerade Sympathisanten der Grünen und des Postmaterialismus am wenigsten der Auffassung zustimmen können, dass das gesellschaftliche Fortkommen in erster Linie von Herkunft und Besitz abhängt«. ⁶ Gewiss führte die Partei in ihrer Oppositionsphase eine intensive sozialpolitische Debatte zur Frage einer Grundsicherung; ⁷ während der rot-grünen Regierungszeit zwischen 1998 und 2005 bestand jedoch das einzige legislative Ergebnis dieser Debatte in der neuen »Grundsicherung für Arbeitsuchende« (»Hartz IV«). In der Partei selbst kann die Frage, welches Gewicht dem Problem wirtschaftlicher Ungleichheit zukommt, nun Gegenstand eines akzeptierten Dissens sein, der zur Flügelbildung beiträgt, aber nicht mehr die Zugehörigen von den Nichtzugehörigen trennt. Überzeugungen, die die Notwendigkeit sozialpolitischer Eingriffe betreffen, haben nicht, oder nicht mehr, den Status zentraler Werte; auch wenn viele der Beteiligten an ihnen festhalten, wissen sie zugleich, dass die Haltung zu dieser Frage nicht als entscheidend gilt. ⁸ Wie lässt sich diese Verlagerung der Aufmerksamkeit erklären?

Einige Erklärungen, die im Prinzip denkbar wären, dürften hier wegfallen: Zunächst lässt sich diese Entwicklung nicht einfach durch ein Dringlichwerden objektiv gegebener Probleme erklären und auch nicht einfach dadurch, dass über objektiv gegebene Probleme schließlich Informationen verfügbar werden. Damit soll wohlgemerkt nicht gesagt sein, dass die »grüne« Kritik nicht auf tatsächlich existierende Probleme reagiert oder aus anderen Gründen schlicht irrational ist. Aber der Ländervergleich zeigt, dass »objektiv« ähnliche Umweltprobleme sich auf sehr unterschiedliche Weisen verstehen lassen. ⁹ Entsprechend reicht für eine Erklärung auch nicht der (in Selbstbeschreibungen ökologischer Gruppen oft anzutreffende) Verweis auf lokale Erfahrungen von Betroffenen, die im Zuge eines »Basis- oder »Graswurzel-Engagements schrittweise Einsichten in die

6 Franz Walter, *Gelb oder grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland*, 2010, S. 94.

7 Zu den einzelnen Positionen und zum moralischen Anspruch dieser Debatte vgl. Jörn Lamla, *Grüne Politik zwischen Macht und Moral*, 2002.

8 Wie präsent dagegen in den Protesten der 60er Jahre das Thema Arbeiterpolitik war (und damit auch das Thema der wirtschaftlichen Ungleichheit), zeigt Gerd-Rainer Horn, *The Spirit of 68*, 2007.

9 Vgl. die ländervergleichende Studie von Reiner Keller, Müll – *Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen*, 2009. Zu den einschlägigen Ergebnissen der Umweltgeschichte: vgl. Joachim Radkau, *Die Ära der Ökologie*, 2011.

größere Reichweite der vor Ort erlebten Probleme gewinnen.¹⁰ Erstens müssen die Beteiligten aus ihren lokalen Problemwahrnehmungen – über den Wunsch hinaus, das lokale Problem zu beseitigen – überhaupt keine allgemeinen Schlüsse ziehen; zweitens stehen ihnen immer *unterschiedliche* Verallgemeinerungswege offen.¹¹ In jedem Fall wäre – unabhängig davon, ob sich für die jeweiligen Sorgen gute Gründe benennen lassen – zu zeigen, wie es gerade zu *dieser* Aufmerksamkeit kommt, warum also gerade diese Probleme unter diesen Aspekten in den Blick der Kritiker geraten, und warum sie ihnen so *wichtig* werden.

Diese Aufmerksamkeit erklärt sich nie einfach daraus, dass moderne Gesellschaften insgesamt höhere Reflexivität produzieren. Zwar bestand in der frühen Debatte über »Risiko«-Konflikte ein entsprechender Grundkonsens zwischen konkurrierenden Theorieansätzen, der sich aus einem gemeinsamen modernisierungstheoretischen Erbe ergab: Die neuen Konflikte seien zu erklären durch einen Übergang zur »reflexiven Moderne« bzw. durch eine sozialstrukturell angelegte Zunahme von »Beobachtung zweiter Ordnung.«¹² Aber gegen diese Vorstellung, moderne Gesellschaften erzeugten an sich schon höhere Reflexivität, gilt weiterhin Max Webers alter Einwand: Ihrer Komplexität wegen gründen gerade moderne Ordnungen unvermeidlicherweise zunächst auf »Einverständnis« – auf einem stillschweigenden *Vertrauen* in gegebene, in ihrem Funktionieren gar nicht verstandene Arrangements, verbunden mit der Vorstellung, man *könnte* sich das alles erklären lassen.¹³ Warum sich manchmal eine kritische Aufmerksamkeit auf das richtet, was zuvor Gegenstand eines solchen Einverständnisses war, bleibt jeweils zu erklären.

10 Zur Kritik einer Geschichtsschreibung, die sich jene Rhetorik einer unvermittelten »Erfahrung« zueigen macht, die zu den typischen Mustern in Selbsterzählungen politischer Bewegungen gehört, vgl. Joan W. Scott, »The Evidence of Experience«, 1996.

11 Diese Pluralität möglicher Generalisierungen ist zentral für das Programm einer »Soziologie der Kritik«, das Luc Boltanski und Laurent Thévenot (*Über die Rechtfertigung*, 1991/2007) entwickeln.

12 Ulrich Beck, *Gegengifte: Die organisierte Unverantwortlichkeit*, 1988, S. 151ff.; Niklas Luhmann, *Soziologie des Risikos*, S. 115ff.; ders., *Beobachtungen der Moderne*, 1995, S. 118ff., 137ff.

13 Max Weber, »Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie«, 1913/1968, S. 472ff. Ähnlich Alfred Schütz: »Das herausragende Kennzeichen des Lebens eines Menschen in der modernen Welt ist seine Überzeugung, dass seine Lebenswelt als ganze weder von ihm selbst verstanden wird noch von einem seiner Mitmenschen vollständig verstanden werden kann.« (»Der gut informierte Bürger«, 1946/2011, S. 115.)

In diesem Buch wird der Versuch unternommen, das, was manchen Beobachtern als direktes Produkt sei es objektiver Problemlagen, sei es der Sozialstruktur moderner Gesellschaften erschien, stattdessen als Produkt eines spezifischen kulturellen Musters zu begreifen, das aus einer spezifischen Konfliktodynamik heraus entsteht. Dabei geht es nicht um ein global einheitliches Muster, das sich im Zuge eines transnationalen Diffusionsprozesses schrittweise durchsetzt.¹⁴ Zwar wurden im deutschen Fall etwa die technischen Einwände gegen das Atomprogramm großteils aus der US-Debatte übernommen. Aber sie wurden (wie sich noch genauer zeigen wird) nach Maßgabe eines *lokalen* Vorverständnisses angeeignet; erst diese *Übersetzung* – die spezifische Selektionen vollzieht und spezifische Verknüpfungen herstellt – verschafft diesen Einwänden ihre politische Wirkung.¹⁵ Für die Erklärung kommt es also wesentlich darauf an, wie dieses lokale Muster entsteht und sozialen Erfolg erlangt. Wobei es wiederum nicht genügt, auf eine allgemeine nationalspezifische kulturelle Ordnung (oder ›Mentalität‹) zu verweisen, etwa einen (unterstelltermaßen) spezifisch deutschen oder jedenfalls die deutsche Nachkriegsgesellschaft prägenden Sicherheitswunsch;¹⁶ schon deshalb nicht, weil damit nicht erklärt wäre, warum sich die Sorge gerade auf die ›grünen‹ Themen richtet.

Eben darum lohnt es sich, nochmals jene Protestbewegung in den Blick zu nehmen, in der das Deutungsmuster zuerst auftaucht. Dabei hilft es, sich nicht von vornherein auf die Annahme festzulegen, dass solche Bewegungen nur als ›Träger‹ jeweils vorher bereits entstandener kultureller Muster wirken¹⁷ – etwa: dass jugendliche Protestakteure eifrig umsetzen, was sie von Professoren und Publizisten gelernt haben –, sondern zu fragen, inwieweit die Binnendynamik des Protests (gewiss unter Weiterverar-

14 Für die ›neoinstitutionalistische‹ Sicht, die den Effekt solcher Diffusionsprozesse betont, vgl. John W. Meyer, *Weltkultur*, 2006, und Wesley Longhofer, Evan Schofer, »National and Global Origins of Environmental Association«, 2010.

15 Zu Übersetzungsprozessen in Umweltkonflikten vgl. Antje Linkenbach, »Soziale Bewegungen für Umweltgerechtigkeit in Indien und das Idiom der Menschenrechte«, 2014; allgemein zu Protestakteuren als kulturellen Übersetzern: Martin Fuchs, »Reaching out; or, Nobody exists in one context only – Society as Translation«, 2009.

16 In diese Richtung Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit*, 2009.

17 Dieses in der weberianischen Tradition oft anzutreffende Schema organisiert z.B. die Darstellung der französischen Studentenbewegung bei Ingrid Gilcher-Holtey, *Die Phantasie an die Macht*, 1995, die mit einem langen ›ideengeschichtlichen‹ Kapitel beginnt. Für eine allgemeine Kritik an der Vorabfestlegung darauf, Handlungsprozesse als Umsetzungen jeweils schon gegebener ›Ideen‹ zu begreifen, vgl. Hans Joas, *Die Kreativität des Handelns*, 1992.

beitung vorgefundener kultureller Materialien) *neue* Deutungsmuster hervorbringt, also: Protestbewegungen als soziale Strukturen zu betrachten, deren Eigendynamik kulturellen Wandel befördert. Mit diesem Fokus auf die Umweltbewegung zeigen sich allerdings zusätzliche Erklärungsprobleme. Nun stellt sich ja nicht nur die Frage, warum dieses Deutungsmuster den Beteiligten *überhaupt plausibel* erschien, sondern auch, warum sie es für sinnvoll und wertvoll hielten, sich in dieser Richtung *praktisch zu engagieren*, noch dazu im prekären Rahmen einer Protestbewegung.

Hier lässt der Fall auch die Schwierigkeiten des in der Protestforschung derzeit vorherrschenden Erklärungsansatzes deutlich hervortreten.¹⁸ Dieser Ansatz verweist auf »Gelegenheitsstrukturen«, mit denen Protestbewegungen konfrontiert sind – meist entweder Ressourcenverteilungen oder sog. »politische« Gelegenheiten (Erfolgschancen; erwartbare Schäden durch staatliche Repression u.ä.) – und setzt ein Modell zweckrationalen Handelns voraus.¹⁹ Aufgrund dieser Vorentscheidung fällt es ihm schwer, kulturellen Wandel zu erklären. Im Rahmen dieser Theorie rationaler Interessenverfolgung wird das Auftreten neuer Deutungsmuster als Ergebnis des strategischen Umgangs von Organisationseliten mit verfügbaren kulturellen Elementen (*framing*) erklärt, der darauf zielt, Mitglieder zu rekrutieren bzw. zu halten oder aber die Kooperation mit anderen Protestorganisationen zu erleichtern (*frame alignment*).²⁰ Damit expliziert die Protestforschung allerdings nur ein Erklärungsmuster, das etwa in der Politikgeschichtsschreibung oft verwendet wird und dort auch zur Analyse dieser ökologischen Proteste dient: Solche Kalküle sollen teils die Aneignung von »Natur«-Themen in linken Organisationen erklären (die demnach als »linke Trittbrettfahrer« agieren)²¹, teils die Merkwürdigkeiten des neuen ökologischen Diskurses, etwa: das ständige Reden über nahende Katastrophen (als Strategie, instabile Organisationen durch das Behaupten äußerer Bedro-

18 Ausführlicher zu den im Folgenden diskutierten allgemeinen Schwierigkeiten dieses Ansatzes: A. Pettenkofer, *Radikaler Protest*, 2010: Kap. 3–4.

19 Als Überblick speziell zum Konzept politischer Gelegenheiten vgl. David S. Meyer, »Protest and Political Opportunities«, 2004.

20 Zum Programm, in Protestbewegungen entstehende neue kulturelle Verknüpfungen auf strategisches Organisationshandeln zurückzuführen, vgl. David A. Snow u.a., »Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation«, 1986. Den Eliten-Bias dieses Ansatzes betont Robert D. Benford, »An Insider's Critique of the Social Movement Framing Perspective«, 1997, S. 421.

21 Engels, *Naturpolitik*, S. 355ff.

hungen zusammenzuhalten²²), die radikale Staatskritik (als Mittel, um die eigenen Aktionen als Notwehr zu rechtfertigen²³) und die Rede von der drohenden Wiederkehr des Nationalsozialismus (wiederum: als Versuch, das Publikum zu manipulieren²⁴). Dieser Erklärungsstrategie folgt auch der Versuch, das grüne Deutungsmuster auf einen prekären Kompromiss zwischen heterogenen Trägergruppen zurückzuführen, der zum Zweck des Machterwerbs im Zuge der Parteigründung ausgehandelt wurde.²⁵ Nun ist es gewiss unverzichtbar, diesen strategischen Umgang mit kulturellen Elementen zu berücksichtigen. Allerdings bleibt erstens die Frage, wieviel kultureller Wandel der Kreativität rationaler Protesteliten zugerechnet werden soll: Ab welchem Punkt gerät man damit in die Nähe des Modells »Große Männer machen Geschichte? Zweitens bleibt jeweils zu klären, warum solche – sei es: strategisch formulierten – Deutungsangebote zumindest den *Adressaten* plausibel erscheinen (und deshalb soziale Folgen haben können); schon darum verschiebt der Verweis auf rationale Elitenstrategien nur das Problem. Im Übrigen stellt sich bei Erklärungen, die nur auf strategisch-opportunistische, der jeweiligen Sache äußerliche Motive verweisen, immer die Frage, ob sie ihre Plausibilität nicht auch einem mangelnden Verständnis des Deutungsmusters verdanken, das das Handeln der Beteiligten anleitet und ihnen ihr Engagement sinnvoll erscheinen lässt. So könnte der Eindruck, die Entstehung des grünen Diskurses sei vor allem durch solche Kalküle zu erklären, auch darauf zurückgehen, dass von vornherein ein bestimmtes Verständnis des Ökologieproblems als das richtige und deshalb normale betrachtet wird (und es dann nahe zu liegen scheint, andere Verständnisse auf Wahrnehmungsverzerrungen und/oder Manipulationsversuche zurückzuführen); dass also etwa das »Naturschutz-Muster, seines höheren Alters wegen, als die natürliche politische Sicht auf Natur begriffen wird, oder vorausgesetzt wird, Ökologie sei *eigentlich*, da sie auf »Bewahrung« ziele, ein konservatives Thema.

Auch auf die Frage, wie neue Protestbewegungen in Gang kommen und sich zumindest vorübergehend erhalten, gibt dieser Ansatz nur begrenzt plausible Antworten. Zweifellos haben politische Institutionen (etc.)

22 Douglas/Wildavsky, *Risk*, S. 122ff. Kritisch dazu: Jeffrey C. Alexander, Philip Smith, »Risk Society as Mythical Discourse«, 1996.

23 Engels, *Naturpolitik*, S. 398.

24 Michael Th. Greven, *Systemopposition. Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre*, 2011, S. 16f.

25 So teilweise Mende, *Geschichte der Gründungsgrünen*.

erhebliche Auswirkungen darauf, welches Maß an *Erfolg* ein einmal begonnener Protest erlangt. Im Standardmodell der Protestforschung soll der Verweis auf »Gelegenheitsstrukturen« aber bereits erklären, warum die Beteiligten überhaupt anfangen zu protestieren. Der Ansatz folgt dabei – auch wenn er die Protestierenden nicht als rationale Egoisten begreift, sondern eher als bedingt kooperationsbereite Altruisten – einem Rational-Choice-Modell, da er auf Erwartungen hinsichtlich Kosten und Nutzen des Protests abstellt (mit der Zusatzannahme, dass bestimmte »Strukturen« solche Erwartungen erzeugen) und annimmt, dass die Beteiligten sich dann engagieren, wenn sie dies für aussichtsreich halten und ihnen die »Kosten«, die etwa durch staatliche Repression entstehen, nicht zu hoch erscheinen. Gerade bei neuen, nicht oder nur schwach institutionalisierten Themen ist das problematisch. Oft lassen sich hier kaum rationale Erfolgserwartungen entwickeln, auch nicht in den Fällen, in denen Erfolgsaussichten objektiv bestehen.²⁶ Den Anschein der Plausibilität verdanken solche Deutungen oft einer Rückprojektion: Aus der Beobachtung, dass die Protestierenden politische Ziele haben, sowie dem im Nachhinein verfügbaren Wissen, dass der Protest relativ erfolgreich war, wird der Schluss gezogen, dass sich das Stattfinden dieses Protests schlicht auf eine Verfolgung dieser Ziele zurückführen lässt, die durch eine Erwartung dieses Erfolgs angetrieben wurde. Aber zu den Zeitpunkten, an denen die Beteiligten sich entscheiden zu protestieren, ist der spätere Erfolg für sie bestenfalls ungewiss, und typischerweise *bleibt* er das für lange Zeit.²⁷

Auch im Fall der »grünen« Bewegung konnten die Teilnehmer einerseits mit erheblichen »Kosten« rechnen: mit der Möglichkeit, durch den sog. Radikalenerlass vom öffentlichen Dienst – dem Arbeitsmarkt, auf den viele

26 Nimmt man die Prämisse ernst, die potentiellen Protestteilnehmer seien bedingt kooperationsbereite Altruisten, dann müsste man zudem erwarten, dass kollektives Engagement regelmäßig an einem Dilemma scheitert, das unter dem Titel *assurance game* diskutiert wird: Orientieren sich die Beteiligten an den Erfolgsaussichten, dann machen sie ihre Teilnahmeentscheidung wesentlich vom erwarteten Verhalten anderer potentieller Teilnehmer abhängig; eine höhere Teilnehmerzahl kann sowohl für die Erfolgsaussichten wie für das Ausbleiben harter Repression den Ausschlag geben. Wie viele andere kooperieren werden, ist aber regelmäßig ungewiss (jedenfalls, solange keine starke Organisation beteiligt ist, die eine hohe Mindestteilnehmerzahl garantiert). Gehen die so orientierten Akteure davon aus, dass zu wenige Andere einen Beitrag leisten werden, dann werden sie sich nicht engagieren. Erkennen sie dieses Problem, dann verschärft es sich. (Allgemein zum *assurance game*: Michael Suk-Young Chwe, *Rational Ritual*, 2001.)

27 Zu den Schwierigkeiten, in die rationalistische Erklärungen durch Ungewissheitsphänomene geraten, vgl. Jon Elster, »When Rationality Fails«, 1990, S. 27ff.

Protestteilnehmer durch ihr Studium zunächst festgelegt waren – ausgeschlossen zu werden,²⁸ aber auch mit der unmittelbaren Sanktionierung durch Polizeigewalt bei Protestereignissen, sowie zeitweilig mit erheblichen Strafen für die Teilnahme am Protest. (Zwar fiel die staatliche Repression im westdeutschen Fall – verglichen mit dem, was anderswo möglich war – recht milde aus; für die Erklärung kommt es aber darauf an, worin der für die Beteiligten durch das Gewohnte gestiftete Maßstab bestand und vor welche konkreten Handlungsalternativen sie sich gestellt sahen.²⁹) Andererseits mussten – erst recht nach dem »Deutschen Herbst« 1977 – die Erfolgchancen für linken Protest äußerst ungünstig erscheinen. Die auf »Gelegenheitsstrukturen« abstellenden Erklärungen versuchen zwar zu zeigen, dass die Beteiligten hier Anzeichen günstiger Aussichten erkennen konnten. Genannt werden insbesondere zwei Merkmale des westdeutschen Institutionensystems: die föderale Staatsorganisation, die es Protestierenden erlaubt, von Spannungen zwischen nationalen und regionalen politischen Eliten zu profitieren; sowie die ungewöhnlich starke Stellung der Verwaltungsgerichte, zusammen mit einem rechtlichen Rahmen, der weitreichende Einspruchsmöglichkeiten bietet.³⁰ Bei näherer Betrachtung erweisen sich diese Erklärungsvorschläge aber – wie in diesem Buch ausführlich gezeigt werden soll – als nur begrenzt plausibel. Um die für den Protest gegen das Atomprogramm wichtigsten Punkte vorab anzudeuten: Die Verwaltungsgerichte verzögerten zwar die Umsetzung des Programms, aber wie diese Prozesse letztlich ausgehen würden, war für sämtliche Beobachter ungewiss. (Tatsächlich wurde am Schluss alles genehmigt.) Im Übrigen richteten die meisten Protestteilnehmer gerade keine großen Hoffnungen auf die Gerichte. Was die Elitenspaltung anging: Beide großen Parteien waren für das Atomprogramm. Die föderale Staatsorganisation, die den Differenzen zwischen regionalen und nationalen Eliten größeres Gewicht

28 Vgl. Dominik Rigoll, *Staatsschutz in Westdeutschland*, 2013.

29 Ein entsprechendes Erklärungsproblem tritt im Übrigen selbst dann auf, wenn die erwartbaren »Kosten« ganz niedrig sind: Auch wenn es nur darum geht, am Sonntag an einer Demonstration teilzunehmen, die erwartbarerweise friedlich verlaufen wird, werden die potentiellen Teilnehmer dies nicht *einfach so* tun – sie könnten mit ihrem Sonntag ja auch etwas anderes anfangen (ähnlich wie, trotz niedriger »Kosten« des sonntäglichen Gottesdienstbesuchs, die Mitglieder nicht ohne weiteres in die Kirche gehen).

30 Ruud Koopmans, *Democracy from Below: New Social Movements and the Political System in West Germany*, 1995, S. 56f. Vgl. auch Herbert Kitschelt, »Political Opportunity Structure and Political Protest«, 1986, sowie – bereits skeptisch gegenüber dem Konzept politischer Gelegenheitsstrukturen – Dieter Rucht, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, 1994.

verlieh, verschaffte den Protestierenden zwar anfangs ein Erfolgserlebnis, mit der mehrjährigen Verzögerung des Baus eines in Baden-Württemberg geplanten Atomkraftwerks; aber die Bundesländer, in denen danach die Schwerpunkte des Protests lagen, reagierten zunächst mit harter Repression; und nachdem in Niedersachsen zumindest der Protest gegen eine geplante Wiederaufarbeitungsanlage erfolgreich schien, stand mit Bayern rasch ein anderes Bundesland als Standort bereit (so dass die Protestteilnehmer den westdeutschen Staat mit seinen föderal verteilten Entscheidungszentren auch als eine Art Hydra hätten wahrnehmen können). Und in der Tat herrschte zwar eine Dauerspannung zwischen wirtschaftlichen und politischen Eliten: Die Energiewirtschaft, auf deren Kooperation die staatliche Kernenergiepolitik angewiesen war, stand dem Atomprogramm von Anfang an skeptisch gegenüber.³¹ Joachim Radkau will damit auch die Protestbereitschaft der Kritiker erklären: »Viele der AKW-Gegner spürten, dass sie trotz der Härte des Konflikts auf eine bröckelnde Front trafen.«³² Aber diese durchgängige Skepsis der Industrie hatte Radkau selbst – erklärtermaßen gegen die gängige Sicht der Protestteilnehmer – erst durch aufwändiges Quellenstudium nachgewiesen, sie dürfte den Protestierenden frühestens durch sein 1983 veröffentlichtes Buch bekannt geworden sein, kann also jedenfalls deren vorherige Handlungen kaum erklären.

Angesichts der Schwierigkeiten, den Protest durch Erfolgserwartungen zu erklären, die politische, also kollektiv wirksame Veränderungen betreffen, könnte eine Erklärung attraktiv erscheinen, die auf einen *anderen* Typ Erfolgserwartung verweist, der strikt individuelle Interessen betrifft. So stellt sich in professionalisierten Organisationen das Problem kollektiver Erfolgserwartungen auf viel mildere Weise, weil das entsprechende Handeln *bezahlt* wird. Da solche Organisationen im Untersuchungszeitraum innerhalb der »grünen« Bewegung keine große Rolle spielen, kommt eine solche Erklärung zunächst nicht in Frage; eine hier ansetzende Erklärungsstrategie besteht aber bekanntlich darin, das Konzept *selektiver Anreize* einzuführen, also zu fragen, ob bestimmte Güter die Beteiligten nach Art einer individuellen Bezahlung motivieren.³³ Auch die »grün« Bewegten wur-

31 Joachim Radkau, *Aufstieg und Krise der deutschen Atomenergiewirtschaft*, 1983.

32 Radkau, *Ära der Ökologie*, S. 229.

33 Klassisch: Mancur Olson, *The Logic of Collective Action*, 1971. Für eine Weiterentwicklung des Arguments, die gut auf Fälle passt, in denen politische Organisationen dadurch zusammengehalten werden, dass sie für ihre Mitglieder einen je individuellen Nutzen produzieren, vgl. Michael Hechter, *Principles of Group Solidarity*, 1987.

den in diesem Sinne als egoistische Nutzenmaximierer beschrieben, denen es von Anfang an nicht in erster Linie um die Realisierung eines politischen Entwurfs gegangen sei. So schreibt, unter Verweis auf die schlechten Aufstiegschancen im Arbeitsmarkt der 70er Jahre, der Parteienforscher Franz Walter: »Die Grünen waren [...] auch ein Vehikel, ja eine Pressure-Group für neue Berufsfelder, neue Elitepositionen, neue Karrierewege. [...] Ihre Talente [...] hatten immer unbeirrt das Ziel einer nicht zuletzt für sie selbst besseren Zukunft vor Augen. All das gab der Linken ihren spezifischen Elan und Eifer, gab ihr die Aura einer stürmischen und leidenschaftlichen Zukunftsbewegung. Aber im Laufe der 1990er Jahre kamen die Grünen genau dort an, wo sie hinwollten. Die grün-alternativen Studenten der frühen 1980er Jahre bekleideten inzwischen komfortable Positionen im öffentlichen Dienst [...]. Fischer zog an die Spitze des Außenministeriums.«³⁴ Damit wird allerdings eine Erklärungsroutine, die bei etablierten Parteien immer wieder passen mag – dort eröffnet die Mitgliedschaft zusätzliche Zugangschancen zum Arbeitsmarkt und zu anderen Märkten, was die Entscheidung zum Parteieintritt erklären kann – auf einen Fall angewendet, der recht anders gelagert ist. Vielleicht hätte ein offenerer Arbeitsmarkt einen Teil der in den 70er Jahren Protestierenden stärker in Berufarbeit eingebunden, so dass sie weniger verfügbar für Protest und womöglich auch weniger protestgeneigt gewesen wären. Auch daraus ließe sich aber nicht folgern, dass ihr Aktivismus von der *Erwartung* angetrieben war, dadurch zu besseren Posten zu kommen; denn noch zum Zeitpunkt der Parteigründung, erst recht aber in der Zeit ihres vorangegangenen Engagements hätten sie mit diesem politischen Erfolg kaum rechnen können.

Diese Plausibilitätsgrenzen rationalistischer Erklärungen konnten es einleuchtend erscheinen lassen, zu pathologisierenden Beschreibungen zurückzukehren, die diesen Protest als Produkt eines spezifisch irrationalen Handelns begreifen (und als bedauerliche Unterbrechung eines Normalablaufs demokratischer Entwicklung). Diese Deutungen heben die *gewaltsamen* Aktivitäten hervor; sie nutzen oft eine religionskritische Rhetorik (ggf.: als Kritik an »Ersatzreligionen«, mit einem polemischen Konzept »politischer Religion«³⁵), wie in der gängigen Rede vom *Sektierertum*, und sie erklären das

34 Walter, *Gelb oder grün?*, S. 88.

35 Vgl. etwa den prominenten Stichwortgeber Eric Voegelin (z.B. »Religionsersatz. Die gnostischen Massenbewegungen unserer Zeit«, 1960) und die Arbeiten von Shmuel Eisenstadt, der Voegelins Thesen soziologisch übersetzt (besonders deutlich zu erkennen ist die Anknüpfung in: Eisenstadt, »Axial Age Sectarism and the Antinomies of

Wahrnehmungsmuster der Protestierenden als Ergebnis *vorgängiger Affekte*, etwa: als Ausdruck von Angst.³⁶ Das verbindet sich oft mit einer Konzentration auf unterstellte individualpsychologische (oder sonstige individualpathologische)³⁷ Ursachen; dieser Fokus bringt Erzählungen hervor, in denen sich das radikale Engagement direkt aus biographischen Verletzungen ergibt (und ansonsten letztlich unverständlich bleibt).³⁸ Zugleich regt diese Perspektive dazu an, die Effekte von Protestbewegungen zu trivialisieren und zumindest *positiv* bewertete politisch-kulturelle Veränderungen, die früher auch den Aktivitäten einer solchen Bewegung zugerechnet wurden, stattdessen – wie es der Tradition der Modernisierungstheorie entspricht – auf einen ohnehin stattfindenden »systemischen« Wandel zurückzuführen.³⁹ Die Erklärung für den relativen Erfolg des westdeutschen Anti-AKW-Protests lautet dann etwa: In der »neuen Ökonomie«, die sich in den 80er Jahren auch in der Bundesrepublik durchgesetzt habe, hätten Kernkraftwerke ohnehin keinen Platz gehabt.⁴⁰

Modernity«, 2001). Zu Nutzen und Grenzen von Eisenstadts Erklärungsansatz vgl. Wolfgang Knöbl, *Spielräume der Modernisierung*, 2001, S. 221ff.; ders., *Die Kontingenz der Moderne. Wege in Europa, Asien und Amerika*, 2007, S. 83ff.

36 Statt anderer: Niklas Luhmann, *Ökologische Kommunikation*, 1986. Vgl. auch die mildere, aber verwandte These, der gemeinsame Nenner der frühen Grünen bestehe in einem »diffusen Unbehagen« (Mende, *Geschichte der Gründungsgrünen*, S. 405). Für eine ähnliche Sicht auf den Anti-AKW-Protest vgl. Albrecht Weisker, »Powered by Emotion? Affektive Aspekte in der westdeutschen Kernenergiegeschichte zwischen Technikvertrauen und Apokalypseangst«, 2005.

37 Zur neuropathologischen Sicht auf linkes Engagement vgl. (am Fall des Nachdenkens über Ulrike Meinhofs Gehirn) Michael Hagner, *Geniale Gehirne. Zur Geschichte der Elitegehirnforschung*, 2004, S. 306ff.

38 Vgl. etwa das auf seine Weise hochinteressante Buch von Gerd Koenen, *Vesper Ensslin Bader. Urszenen des deutschen Terrorismus*, 2003. Zu den Verengungen, die hier durch eine biographische Perspektive entstehen können, vgl. auch die Nachbemerkenngen zur Methode.

39 Zu den Problemen solcher Argumente vgl. Knöbl, *Spielräume*; ders., *Kontingenz*.

40 Vgl. Christian Joppke, *Mobilizing Against Nuclear Energy: A Comparison of Germany and the United States*, 1993, S. 186ff. (Das Buch ist Habermas und Neil Smelser gewidmet.) Eine ähnliche Trivialisierungsstrategie verfolgt z.B. Thomas Etzemüller (*Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er Bewegung in Westdeutschland und Schweden*, 2005), der an das Programm der Bielefelder Sozialgeschichte anknüpft, die der Modernisierungstheorie ja von Anfang an eng verbunden war. (Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, 1975. Zumindest bei den älteren Vertretern dieser Tradition zeigt sich ebenfalls die Bereitschaft, Handlungsmotive, die das »sozialgeschichtliche Instrumentarium nicht erfasst, notfalls mittels kollektivpsychiatrischer Einsichten zu erklären – in seinem jüngsten Buch spricht Wehler von der »Angstpsychose der Friedensbewegung«: *Die neue Umverteilung*, 2013, S. 44.)

Diese pathologisierenden Deutungen verleihen wiederum den Beschreibungen, die das Zweckrationale am Protesthandeln hervorheben, zusätzliche Stabilität; so reagiert etwa der Versuch zu zeigen, dass der »grüne« Protest sich schlicht an der Objektivität des Problems orientiert, wesentlich auf Deutungen, die Protest auf eine vorgängige *Angst* zurückführen.⁴¹ Insgesamt schwankt das Reden über die Protestbewegungen der 60er und 70er Jahre in stabiler Weise zwischen Normalisierung und Pathologisierung. Am deutlichsten zeigt sich das in den Debatten über die Studentenbewegung: Weiterhin fasst der eine Teil der Beschreibungen sie als Versammlung prototerroristischer »Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft«⁴², der andere als diskussionsfreudiges »Laboratorium der Demokratie«. Stabil bleiben nicht die Positionen der einzelnen Teilnehmer dieser Debatten, aber doch der Raum der Positionen, zwischen denen diese Teilnehmer hin- und herwechseln. Noch Aussagen, die diese Diskursordnung zu verlassen scheinen, wiederholen oft nur die alten Beschimpfungen.⁴³ Für ein besseres Verständnis des Phänomens kommt es darauf an, das Spiel von Normalisierung und Pathologisierung nicht zu reformieren, sondern zu verlassen; benötigt wird ein Ansatz, der dem Rationalismus entkommt, der hier als geteilte stillschweigende Voraussetzung weiterwirkt.

Eine Lösung könnte hier das in der Zeitgeschichte wieder stärker genutzte Milieukonzept⁴⁴ versprechen, das bei den Beteiligten einen anderen Handlungssinn vermutet (eine Aufwertung der alltäglichen Lebensführung, mit besonderer Bedeutung der Popkultur⁴⁵), der durch einen anderen Typ

41 Z.B. bei Joachim Radkau, »Mythos German Angst. Zum neuesten Aufguss einer alten Denunziation der Umweltbewegung«, 2011.

42 Erwin K. Scheuch (Hg.), *Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der »Neuen Linken« und ihrer Dogmen*, 1968.

43 Ein Beispiel dafür, wie die scheinbar aus größter Distanz vollzogene kritische Aufarbeitung doch weiter mit den Kategorien der Beteiligten operiert, liefert Götz Aly's Buch *Unser Kampf 1968* (2008): Wenn es den »antiautoritären« Protest in eine Nähe zur nationalsozialistischen Studentenbewegung rückt, wiederholt es bloß eine »antiautoritäre« Schimpfroutine, die ihrerseits nur einen zeitgenössischen Topos aufnimmt, mit dem auch die studentischen Protestteilnehmer selbst durch die verschiedensten Sprecher bedacht werden (»Rote SA«, »linker Faschismus«), und der auch in der Auseinandersetzung um die RAF immer wieder auftaucht (zu Letzterem vgl. Hanno Balz, *Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat*, 2008, S. 247ff.).

44 Detlef Siegfried, *Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, 2006; Sven Reichardt, D. Siegfried (Hg.), *Das Alternative Milieu*, 2010.

45 Manchen Historikern scheint das so verstandene Milieukonzept zusätzlich attraktiv, weil es eine »sozialgeschichtliche« Erklärungsmöglichkeit eröffnet: Dass »Jugend« als separate soziale Kategorie funktioniert – weshalb sich die so Eingearbeiteten nun als Angehörige

sozialer Struktur gestützt wird; das also ein stabilisierendes Moment hervorhebt, das nicht in der planvollen Verfolgung politischer Ziele aufgeht. Nun zeigen sich dort, wo Protest stattfindet, zweifellos oft auch Bemühungen um solche alternative Formen alltäglicher Lebensführung. Die Frage ist, wie viel das zur Erklärung von Protest beiträgt. Zunächst ist es möglich, dass Protestpotentiale dadurch abrufbereit bleiben, dass sie in alternativen Milieus aufbewahrt werden.⁴⁶ Die geteilte Lebensführung etwa in einem »alternativen« Stadtviertel kann auch gewiss die Mobilisierung erleichtern. Diese Argumente sehen Milieustrukturen aber nur als *begünstigende* Bedingungen für Protest, nicht als Bezugspunkte einer alternativen Erklärung. Zudem muss eine Milieustruktur, die eine Orientierung am alternativen Alltag fördert, nicht einmal ein Protest*potential* stabilisieren: Sind die Beteiligten in ein »alternatives Milieu« eingebunden, in dem sie ihr Leben weithin so führen können, wie sie wollen, dann ließe sich damit genauso gut erklären, warum sie auf Protest verzichten. Auch wenn Popkonsum und Protestbereitschaft z.T. gleichzeitig auftreten, und viele der am Protest Beteiligten auch an der neuen Popkultur intensiv teilhaben, reicht das also keinesfalls für eine Erklärung des Engagements.⁴⁷ Zumindest wäre zu klären, welche spezifischen Merkmale ein Milieu haben muss, um Protest zu stabilisieren. Der Hinweis, das »alternative« Milieu in der Bundesrepublik der 60er und 70er Jahre sei durch eine Orientierung an *Authentizität* gekennzeichnet gewesen,⁴⁸ löst das Problem nicht. »Authentizität« ist zunächst ein *formales* Kriterium, das in unterschiedlichsten Kontexten herangezogen wird;⁴⁹ in *jedem* Milieu kann – ob das Wort »authentisch« verwendet wird

einer eigenen (protestfähigen) sozialen Gruppe verstehen können – geht zunächst auf die Entstehung eines neuen Marktes für dieses Alterssegment zurück, die auch zur Entwicklung entsprechender Marketingstrategie führt. (So auch schon Doug McAdam, *Freedom Summer*, 1988, S. 17ff.). – Die hier beobachtbare enge konzeptuelle Verknüpfung von Milieu und Konsum rührt wohl daher, dass das Milieukonzept zuletzt vor allem in der Marktforschung genutzt wurde. Zur Diskussion über einen weniger engen Milieubegriff vgl. Peter Isenböck, Linda Nell, Joachim Renn (Hg.), *Die Form des Milieus*, 2014.

46 So hat in der Protestforschung Alberto Melucci argumentiert (*Nomads of the Present*, 1989, S. 58ff). Ausführlicher zu seinem Erklärungsvorschlag vgl. Pettenkofer, *Radikaler Protest*, S. 78ff.

47 Dazu auch Dieter Claessens, Karin de Ahna, »Das Milieu der Westberliner »scene««, 1982, S. 55f.

48 Sven Reichardt, Detlef Siegfried, »Das Alternative Milieu. Konturen einer Lebensform«, 2010, S. 16ff.

49 Vgl. insoweit die bekannte Analyse von Jürgen Habermas: »Wahrhaftigkeit« ist ein in *allen* Verständigungsprozessen relevanter Geltungsanspruch (»Erläuterungen zum Begriff des kommunikativen Handelns«, 1984, S. 586ff.).

oder nicht – die Frage aufkommen, ob wirklich alle Beteiligten die Haltung haben, die als Bedingung der Zugehörigkeit gilt.

Das vorliegende Buch nutzt ein alternatives Theoriedebat. Denn in der Tat ist es eine wichtige Beobachtung, dass der »antiautoritäre« Protest Merkmale aufweist, die zunächst aus erklärtermaßen religiösen Organisationen vertraut sind. Insofern enthält die alte Polemik gegen die »Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft« eine reale Einsicht – wobei die Lösung nicht einfach darin bestehen kann, den Protest auf einen Einfluss religiöser Organisationen zurückzuführen (auch wenn christliche Gruppen hier eine wichtige, lange vernachlässigte Rolle spielten⁵⁰). Dieser Protestzusammenhang ist von einem Deutungsmuster geprägt, das – selbst wenn die Beteiligten die entsprechenden Kategorien mit säkularen Bezeichnungen belegen – strukturell auf einer Unterscheidung zwischen heilig und profan basiert. (In diesem Sinne geht es hier nicht um ein religionssoziologisches, sondern um ein sakralisierungstheoretisches Argument.⁵¹) Wirklich nutzen lässt sich diese Beobachtung aber erst, wenn man sie nicht nur zu Pathologisierungszwecken einsetzt. Dann hilft sie, besser zu erklären, wie eine neue Kritikposition entsteht, die den politischen Möglichkeitsraum verändert und auch zur Bildung neuer politischer Organisationen führt, die vorher nicht denkbar gewesen wären.

Darum lohnt es sich, hier auf das theoretische Instrumentarium der klassischen Religionssoziologie zurückzugreifen. Durkheim⁵² und Weber⁵³ entwickeln keine Spezialtheorien über eine separate Sphäre des Religiösen; sie versuchen, *allgemeine* Bedingungen anspruchsvoller Formen kollektiven Handelns zu erfassen und davon ausgehend eine Theorie kulturellen Wan-

50 Vgl. u.a. Bernd Hey, Volkmar Wittmütz (Hg.), *1968 und die Kirchen*, 2008 (darin zum »grünen« Protest: Freia Anders, »Die Rolle der Hessischen Landeskirche im Konflikt um die Startbahn West«); Angela Hager, »Westdeutscher Protestantismus und Studentebewegung«, 2007; Pascal Eitler, »*Gott ist tot – Gott ist rot. Max Horkheimer und die Politisierung der Religion um 1968*, 2009; Stephan Linck, »Jetzt hilft nur noch eine Flugzeugentführung! Die Radikale Linke und die Evangelische Studierendengemeinde in Hamburg 1973 bis 1978«, 2011. Ländervergleichend zum Verhältnis der »neuen Linken« zu den christlichen Kirchen: Hugh McLeod, *The Religious Crisis of the 1960s*, 2007, S. 141 ff. – Vgl. schon die Diskussion der Beteiligten in: Gunther Hesse, Hans-Hermann Wiebe (Hg.), *Die Grünen und die Religion*, 1988.

51 Diese Formulierung verdanke ich Hans Joas. Zur Unterscheidung religiös/sakral vgl. Joas, *Die Sakralität der Person*, 2011.

52 Emile Durkheim, *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*, 1912/1981.

53 Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie* I, 1920.

dels zu formulieren. Dabei beschreiben sie soziale Mechanismen, die auch einem Protesthandeln, für die Beteiligten, einen *erfolgsunabhängigen* Sinn verleihen und es so von der jeweiligen Gelegenheitsstruktur abkoppeln; damit helfen sie zu zeigen, inwiefern ein Handeln, das zunächst einer zweckrationalen Logik zu folgen scheint, tatsächlich auf *andere* Weise stabilisiert wird. Dabei arbeiten sie, in komplementärer Weise, zwei unterschiedliche Wege heraus, auf denen solche Handlungsmuster einen Eigenwert erlangen. Das entsprechende Handeln kann erstens als eines erfahren werden, das folgenunabhängig bzw. weitgehend folgenunabhängig vollzogen werden *soll* (Weber); es kann zweitens als *unmittelbar attraktiv* erfahren werden.⁵⁴ Entsprechend lenken sie die Aufmerksamkeit auf je unterschiedliche soziale Ordnungsformen, die sich mit diesen Handlungsmustern herausbilden und das entsprechende Handeln wiederum befördern, sowie auf je unterschiedliche Weisen, in denen diese Binnendynamik auch *kulturellen Wandel* antreiben kann. Die daran anknüpfenden theoretischen Überlegungen seien hier – auch wenn sich ihre Plausibilität erst am Material und in der durchgeführten Erklärung erweisen kann – knapp skizziert.⁵⁵

Der hier interessierende Grundgedanke Webers lautet: Eine zunächst unwahrscheinliche Normbefolgung, die ein zunächst unwahrscheinliches Handeln stabilisiert, wird wahrscheinlicher, wenn die Beteiligten zweifeln, ob sie tatsächlich die Personen sind, die sie sein möchten – ob sie die inneren Eigenschaften haben, die sie gerne hätten –, und wenn der Vollzug dieses Handelns – die Erfüllung der Norm – ihnen als Beweis dafür gilt, dass sie sind, wer sie sein wollen. Eine Protestbewegung kann sich von der Gelegenheitsstruktur abkoppeln, wenn Protest den Status einer solchen Beweishandlung erhält.

Zu Webers Antwort auf die Frage, unter welchen Bedingungen solche Prozesse in Gang kommt, gehört eine kontraintuitive These über die Folgen »weltablehnender«⁵⁶ Haltungen: Diese müssen nicht lähmend auf praktisches Engagement wirken; je umfassender die Beteiligten die bestehende

54 Diese Unterscheidung übernehme ich von Hans Joas, *Die Entstehung der Werte*, 1997.

55 Für eine ausführliche Darstellung dieses Erklärungsansatzes, mit detaillierter Diskussion der genutzten Theoriebestände, vgl. Pettenkofer, *Radikaler Protest*, Kap. 8-10.

56 Weber entwickelt das zuerst in seiner Studie über die »protestantische Ethik«; dort hat er bereits mit dem Problem zu tun, wie ein Handlungsmuster in Gang kommt und sich stabilisiert, das zwar erkennbar an einem Ziel – hier: langfristige Gewinnmaximierung – orientiert ist, sich aber nicht einfach als *Verfolgung* dieses Ziels erklären lässt. (Auf die starken wirtschaftshistorischen Thesen, die Weber aus dieser Beobachtung zieht, kommt es hier nicht an.)

Ordnung ablehnen, desto mehr müssen sie sich fragen, ob sie ›innerlich‹ nicht doch dieser Ordnung verfallen sind; und desto mehr müssen sie sich beweisen, dass dem nicht so ist. In radikalen politischen Bewegungen tritt ein derartiger Selbstvergewisserungsbedarf regelmäßig auf: Je radikaler sich eine Gruppe gegen die bestehende Ordnung richtet, desto näher liegt es für ihre Mitglieder, nicht nur an den anderen Mitgliedern, sondern auch jeweils an sich selbst zu zweifeln, was die subjektive Festigkeit dieser Ablehnung betrifft. Gewiss wird die Welt faktisch nie *vollständig* abgelehnt; das schränkt den Nutzen dieser Analyse aber nicht ein, sondern hilft gerade, die Binnendynamik radikaler Bewegungen zu begreifen. Die dort regelmäßig beobachtbaren internen Prozesse des Einanderüberbietens werden auch am Laufen gehalten durch die ständig erneuerte Vermutung, die geforderte Ablehnung werde nicht konsequent vollzogen.

Durch diese spezifische Form der Selbst- und Fremdbeobachtung kommt es zu einer *Strukturbildung*, die dieses Handeln wiederum stabilisiert: Sobald die Beteiligten den Eindruck gewinnen, dass die maßgeblichen inneren Eigenschaften ungleich verteilt sind, festigt das nicht nur die Grenzziehung nach außen, gegenüber Nichtmitgliedern, sondern setzt auch eine *interne Hierarchisierung* in Gang (selbst in Gruppen, die formale Hierarchien ablehnen). Dadurch entstehen ›Virtuosengemeinschaften‹, in denen diejenigen abgewertet oder ausgeschlossen werden, denen es an den richtigen inneren Eigenschaften mangelt – die der Welt verfallen erscheinen, weil es ihnen nicht gelingt, ihr inneres Anderssein glaubhaft zu beweisen.⁵⁷ Eine Institutionalisierung in solchen organisationsförmigen Gebilden schwächt dieses kulturelle Muster aber nicht (durch Veralltäglichung o.ä.), sondern trägt zu seiner rekursiven Stabilisierung bei; zunächst, weil sie bei den Mitgliedern eine permanente wechselseitige Infragestellung fördert und damit die strukturbildende Selbstungewissheit auf Dauer stellt. Es handelt sich nun nicht mehr um einen instabilen subjektiven Selbstzweifel, sondern um einen sozial gestützten Selbstzweifel. Für diese Sozialform in Verbindung mit diesem Typ religiöser Überzeugungen steht bei Weber der – hier

57 Für eine soziologische Perspektive, die allgemein hervorhebt, wie die internen Dynamiken sozialer Ordnung von solchen je spezifischen Rechtfertigungsanforderungen angetrieben werden (und dabei als eine Möglichkeit die *justification inspirée* in den Blick nimmt), vgl. Boltanski/Thévenot, *Über die Rechtfertigung*.

wertfreie – Begriff der Sekte (dessen Nutzen verlorengeht, wenn man ihn bloß als Schimpfwort gebraucht).⁵⁸

Dieses Muster begünstigt aber auch eine Strukturbildung über die Organisationsebene hinaus. Je stärker eine Weltablehnungsregel wirkt, und je dringlicher damit die Frage nach der richtigen Weise des Andersseins wird, desto wahrscheinlicher wird es, dass sich solche ›Virtuosengemeinschaften‹ regelmäßig spalten, bis sich eine feste Ordnung polemisch aufeinander bezogener Positionen herausgebildet hat – eine Konstellation, die geprägt ist von der Dauerkonkurrenz um die optimale Erfüllung der Norm und vom Dauerkonflikt um die richtige Auslegung der Norm. So können Weltablehnungsregeln eine soziale Struktur hervorbringen, die sich, in lockerer Anknüpfung an Bourdieu, als Protestfeld bezeichnen lässt.⁵⁹ Diese polarisierte Ordnung festigt die einzelnen Sekten-Gemeinschaften; zugleich fördert das Feld – als Raum wechselseitiger Beobachtung – unmittelbar die Stabilität des je individuellen schlechten Gewissens und verstetigt auch dadurch das Engagement. (Diese Stabilisierungswirkung – und bereits der Ordnungscharakter solcher Feldstrukturen – ist wegen der mit ihnen verbundenen Dauerkonflikte leicht zu übersehen).⁶⁰ Dieses Konzept hilft zu erfassen, auf welche Weise die *Binnendynamik* solcher Protestbewegungen deren Entwicklung antreibt.⁶¹ Es führt über diejenigen (weiterhin hochinte-

58 Wie eingefahren dieser Schimpfwortgebrauch ist, sieht man bei Wolfgang Kraushaar, der in seiner Darstellung der westdeutschen Studentenproteste zwar Webers Sektenkonzept zitiert, Webers Einsichten aber trotzdem nicht nutzt (*Achtundsechzig. Eine Bilanz*, 2008, S. 189f.) Für eine interessante Anwendung vgl. aber Klaus-Georg Riegel, »Öffentliche Schulbekenntnisse im Marxismus-Leninismus: Die Moskauer Schauprozesse (1936–1938)«, 1987. Eine Analyse ökologischer Bewegungen, die einen vor allem polemischen Sektenbegriff verwendet, findet sich in Douglas/Wildavsky, *Risk and Culture*.

59 Zu Bourdieus Feldkonzept (das wesentlich auf den Religionssoziologien von Durkheim und Weber aufbaut) vgl. Bourdieu, »Über einige Eigenschaften von Feldern«, und ergänzend ders., Loïc Wacquant, *Reflexive Anthropologie*, 1996, S. 124ff. Das im Folgenden verwendete Konzept verzichtet allerdings auf Bourdieus Basis/Überbau-Modell, das jede Feldstruktur auf ein Muster der Verteilung spezifischer Ressourcen (bzw. »Kapitalien«) zurückführt; entsprechend verzichtet es auch auf Bourdieus ideologietheoretische Erklärungsstrategie, der zufolge die Entscheidungen aller Beteiligten auf ein ggf. unbewusstes Bestreben zurückzuführen sind, mehr von diesen Ressourcen (und damit »Macht«) zu erlangen. (Ausführlicher zum hier genutzten Konzept des Protestfelds vgl. Pettenkofer, *Radikaler Protest*, Kap. 10.)

60 Für eine andere Perspektive auf die Funktionalität interner Konflikte für Protestbewegungen vgl. Amin Ghaziani, *The Dividends of Dissent*, 2008.

61 Was den untersuchten Fall angeht, hat mir beim Begreifen der Feldstruktur am meisten geholfen: Michael Steffen, *Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971–1991*, 2002.

ressanten) Konzepte hinaus, die vor allem die Wechselwirkungen zwischen Protestierenden und staatlichen Instanzen hervorheben (und diese dann als eine Art dyadische Interaktion behandeln),⁶² wie auch über Ansätze, die die Binnendynamik von Protestbewegungen nur mit einem Modell der Ressourcenkonkurrenz begreifen.⁶³

Diese Mechanismen können auch erklären helfen, wie Protestbewegungen kulturellen Wandel antreiben. Zunächst ist das »Feld« eine Ordnung, die die Beteiligten unter Innovations- und Überbietungsdruck setzt. Auch mit der *Dynamik von Kirche und Sekte*, die der Entstehung solcher Virtuosengemeinschaften vorausgeht, beschreibt Weber einen Mechanismus kulturellen Wandels, der für die Erklärung radikaler Protestbewegungen zentral ist:⁶⁴ Beginnt eine religiöse Organisation – etwa, weil sie in Schwierigkeiten geraten ist –, sich stärker an den Kriterien ihrer Umwelt auszurichten (mit Weber: als Kirche zu agieren), dann motivieren die religiösen Inhalte typischerweise eine interne Gegenbewegung, so dass es zu einer Polarisierung zweier Weisen kommt, sich auf tradierte Überzeugungen zu beziehen. Die eine Seite reagiert darauf typischerweise, indem sie ihren »Kirchen«-Charakter verstärkt (auch, weil »Sektierer« diese Art der Umweltpassung stören). Daraufhin agiert die andere Seite in noch konsequenterer Weise »sektiererisch: Sie fordert die strikte Einhaltung geltender Regeln und wertet Disziplinierungstechniken auf; sie geht zu der Auffassung über, nicht jedem seien die zur Religionsausübung notwendigen Eigenschaften tatsächlich gegeben; und sie steigert die Abgrenzung gegenüber der Umwelt in Richtung Weltablehnung. Das führt zunächst zur Abspaltung neuer Organisationen, von denen sich typischerweise – nach einer Wiedereinführung der Unterscheidung – weitere Organisationen abspalten (etc.). Dieser Mechanismus hilft – auch für säkulare politische Organisationen – zu erklären, wie aus gegebenen kulturellen Materialien *neue* Deutungsmuster entstehen; selbst wenn die Beteiligten durchaus traditionalisti-

62 Vgl. die Analysen von Eskalationsprozessen bei Friedhelm Neidhardt, »Über Zufall, Eigendynamik und die Institutionalisierbarkeit absurder Prozesse«, 1981, und Rainer Paris, »Der kurze Atem der Provokation«, 1989.

63 Vgl. Mayer N. Zald, John D. McCarthy, »Social Movement Industries«, 1987.

64 Zu diesem Konzept vgl. Hartmann Tyrell, »Katholizismus und katholische Kirche«, 2003, S. 216ff. Eine Untergrundgeschichte des deutschen Nationalismus, die (ohne Weber explizit zu nennen) die Wechselwirkung zwischen den Studentenbewegungen des 19. Jahrhunderts und ihren moderateren Unterstützern als Kirche-Sekte-Dynamik fasst, skizziert Hans Mayer, »Die Riten der Geheimbünde im romantischen Deutschland«, 1939/2012.

sche Absichten haben, können sich dadurch radikale Gruppen herausbilden, aufgrund der sich selbst verstärkenden Dynamik, die mit solchen Polarisierungen in Gang kommt.

Auch Durkheim will erklären, wie bestimmte Handlungsweisen einen Eigenwert erlangen; er verweist aber nicht auf das Moment des Sollens, sondern konzentriert sich auf Fälle, in denen ein Handeln als *unmittelbar attraktiv* erfahren wird.⁶⁵ Der Grundgedanke lautet hier: Unwahrscheinliche Formen kollektiven Handelns stabilisieren sich über euphorisch erlebte Interaktionssituationen, die als derart einschneidend erfahren werden, dass sie die Welt- und Selbstwahrnehmung der Beteiligten von Grund auf ändern; sie veranlassen sie dazu, zwischen solchen Ausnahmesituationen und »normalen« Situationen eine strikte Unterscheidung zu treffen, die – selbst wenn diese Bezeichnungen nicht auftauchen – einen Bereich des Heiligen von einem Bereich des Profanen abgrenzt. Deshalb können die hier auftretenden Affekte, auch wenn sie zunächst als bloße Epiphänomene erscheinen mögen (etwa: als bloße Nebenprodukte rationaler Erfolgsorientierungen), strukturbildend und auch strukturverändernd wirken. Die Werte und Normen, die mit dem Handeln in dieser Interaktionssituation verbunden waren, können durch solche euphorische Erfahrungen neue Evidenz gewinnen; unter Umständen erhält die in einer solchen Situation relevante Überzeugung erst durch diese Erfahrung den Status eines Werts, der künftig als weitgehend der Abwägung entzogenes Kriterium zur Beurteilung von Handlungen dient. Durkheim erläutert den Mechanismus zunächst anhand explizit religiöser Riten, nennt aber selbst bereits politische Versammlungen als Beispiel.⁶⁶ Auch die – bei jeder Beobachtung offensichtliche – rituelle Dimension von *Protestereignissen* lässt sich mit diesem Konzept genauer erfassen.⁶⁷ Damit wird ein weiterer Mechanismus der Stabilisierung von Protest erkennbar, der ebenfalls auf einem Handlungsmotiv aufbaut, das vom erwarteten politischen Erfolg relativ unabhängig ist, nämlich auf der sozial stabilisierten Sehnsucht nach einer Wiederholung jenes Gründungsereignisses, in dem die Gemeinsamkeitswahrnehmung zuerst stattfand. Solche erneuerten euphorischen Situationen verleihen der

65 Besonders klar herausgearbeitet wird dieser Aspekt bei Joas, *Entstehung*, Kap. 4.

66 Für eine Nutzung von Durkheims Religionssoziologie zur Analyse heutiger politischer Konflikte vgl. Jeffrey C. Alexander, *The Civil Sphere*, 2006.

67 Für eine Sammlung von Fallstudien, die diesen Ritualcharakter in den Blick nimmt, vgl. Dieter Rucht (Hg.), *Politische Demonstrationsrituale*. Berlin, 1. Mai 2002, 2003.

Erinnerung neue Evidenz und tragen so zur Stabilisierung des jeweiligen Kollektivs bei, und damit auch zur Stabilisierung der zugehörigen Überzeugungen. (Solche politischen Riten, gemäß einem gängigen politologischen Schema, auf strategisches Handeln zurückzuführen und dann allein das Moment der kalkulierten Inszenierung herauszuarbeiten, ist gewiss in vielen Fällen gut möglich. Aber Entstehung, Stabilität und Wandel von Protestordnungen lassen sich besser erklären, wenn man gerade auch diejenigen Riten in den Blick nimmt, die sich diesem Standardschema entziehen.) Diese Stabilisierung beruht auch darauf, dass derartige Interaktionsereignisse die entsprechenden Orte mit Bedeutung aufladen und darum leichter zu Gegenständen einer stabilen Erinnerung werden, die wiederum den entsprechenden Handlungsorientierungen Evidenz verschafft. So können Protestereignisse eine Eigendynamik in Gang setzen, indem sie eigenständige Handlungsgründe erzeugen, die ihrerseits die Ursache ihrer eigenen Reproduktion erzeugen;⁶⁸ dadurch können sie eine translokale Handlungskoordination stabilisieren, die nicht allein durch organisationale Kerne gestützt wird. Das hilft auch zu erklären, warum Protest *ohne* politische und religiöse Großorganisationen – vor der Entstehung solcher Organisationen, in Schwächephase solcher Organisationen – stattfinden kann. (Darum erweist es sich aus dieser Sicht als erklärungsstrategisch wichtige Frage, welche Protestereignisse auf welche Weise im sozialen Gedächtnis einer Bewegung präsent gehalten werden.⁶⁹) Dieser ritualbasierte Mechanismus, der die Evidenz geteilter Werte erhält, hat auch eine Stützwirkung auf »Feld«-Strukturen. Denn der solche Strukturen tragende Überbietungswettbewerb kann nur weiterlaufen, wenn die Werte, in deren

68 Renate Mayntz und Birgitta Nedelmann (»Eigendynamische soziale Prozesse«, 1987) nennen Durkheims Religionssoziologie als eine der ersten soziologischen Theorien solcher Prozesse. Für Arbeiten über Protest, die Konzepte eigendynamischer sozialer Prozesse nutzen, vgl. auch: Neidhardt, Zufall; Karl-Heinrich Bette, Uwe Schimank, »Eigendynamiken der Abweichung«, 1999.

69 Vgl. hier Maurice Halbwachs' an Durkheims Religionstheorie anknüpfendes Konzept sozialer Gedächtnisse (*Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, 1925/1985); zum neueren Stand der Diskussion vgl. Gerd Sebald, Jan Weyand, »Zur Formierung sozialer Gedächtnisse«, 2011. Zu den Effekten des Erinnerns an Protestereignisse vgl. auch Thomas Kern, »Kritische Ereignisse, Memory Frames und Protest in Südkorea (1980–87)«, 2003, sowie Elizabeth A. Armstrong, Suzanna M. Crag, »Movements and Memory: The Making of the Stonewall Myth«, 2006. Allgemein zum Geschichtenerzählen in Protestbewegungen, als einer strukturerhaltenden Aktivität, vgl. Gary Alan Fine, »Public Narration and Group Culture: Discerning Discourse in Social Movements«, 1995, und Francesca Polletta, *It Was Like a Fever: Storytelling in Protest and Politics*, 2006.

Namen die Konkurrenz ausgefochten wird, von allen Fraktionen geteilt werden; und ohne den verbreiteten Wunsch, von anderen Protestteilnehmern im Sinne dieser Werte anerkannt zu werden, wäre die wechselseitige Kontrolle gar nicht möglich.

Durkheims Konzept ermöglicht es ebenfalls, neben Prozessen der Ordnungsbildung auch Prozesse kulturellen Wandels zu erklären. Zunächst ist schon seine Analyse der Interaktionssituationen, die Sakralisierungsprozesse in Gang setzen und insgesamt die Kategorien der Beteiligten verändern, zugleich eine Erklärung für die Transformation von Deutungsmustern. Wichtig ist hier auch ein Mechanismus, den Durkheim unter dem Titel der »Ansteckungskraft des Sakralen« diskutiert: Objekte, denen innerhalb des jeweiligen Deutungsmusters zunächst kein sakraler Sinn zugeschrieben wird, können in ein sakralisierendes Muster eingebunden werden, wenn sie in Situationen relevant werden, denen die zuvor wirksamen Kriterien einen religiösen Sinn zuweisen. Indem solche Situationen bestimmte Objekte – etwa: Protestgegenstände – mit Bedeutung aufladen werden, erzeugen sie *starke Metaphern*; Verknüpfungen, die vorher nicht denkbar waren und sich zum Zeitpunkt ihres Entstehens möglicherweise kaum rechtfertigen lassen, nun aber neue Relevanzen und neue Denkmöglichkeiten eröffnen. Diese neu aufgeladenen Objekte können ebenfalls den Status von *Paradigmen* erlangen und so die weitere Weltdeutung der Beteiligten anleiten, was wiederum die Wahrnehmung zukünftiger Situationen vorstrukturiert. Über diesen Mechanismus können solche Deutungsmuster, in einem sich schrittweise vollziehenden pfadabhängigen Prozess, schließlich zu *Kosmologien* generalisiert werden. Dieser Mechanismus macht auch verständlicher, warum neuartige Themenverknüpfungen, die für eine Organisation oder ein Protestnetzwerk funktional sind – und wegen ihrer Neuartigkeit aktive Interventionen vermuten lassen könnten –, dennoch kein Ergebnis einer planvollen Strategie rhetorischer Assimilierung sein müssen.

Um zu zeigen, wie sich die »grünen« Protestobjekte und das spezifische Verständnis des auf sie bezogenen Protesthandelns herausgebildet haben, schneidet das vorliegende Buch den Untersuchungsgegenstand anders zu als in der einschlägigen Forschung derzeit üblich: Es setzt zum einen früher an, betrachtet den Ablauf also nicht rückblickend vom Moment der

Partei Gründung aus⁷⁰ und beginnt auch nicht erst bei den einmaligen »neuen sozialen Bewegungen«, sondern geht dorthin zurück, wo das Deutungsmuster, das später die »grüne« Politik anleitet, zuerst auftaucht (ohne dass grüne Inhalte schon eine Rolle spielen), nämlich zu den Studentenprotesten der 60er Jahre. Denn es wäre voreilig, diese »neuen sozialen Bewegungen« – und insofern: die »grüne« Bewegung – einfach als Ergebnis eines Bruchs mit der Studentenbewegung zu deuten; um zu erklären, warum sich in Westdeutschland eine (für die »grüne« Politik tragende) linke Protestordnung herausbildet, die trotz ungünstiger Erfolgsaussichten bis in die 80er Jahre stabil bleibt, muss man zuerst die Konflikte der 60er Jahre betrachten. Zum anderen beschränkt sich das vorliegende Buch nicht auf Mobilisierungen, die bereits »Umwelt« oder »Atomkraft« zum Thema haben; denn um das hier entstehende Deutungsmuster zu erfassen, sollte man nicht einem (schon vom Standpunkt der Institutionalisierung ausgehenden) Vorverständnis folgen, das diesen Prozess von vornherein mit einem Schema separater *policy issues* betrachtet und es darum als selbstverständlich erscheinen lässt, »Umweltbewegung«, »Friedensbewegung«, »Anti-AKW-Bewegung«, »Alternativbewegung« und ggf. »autonome Bewegung« als separate Phänomene zu betrachten, die sich problemlos getrennt untersuchen lassen. Stattdessen geht es im Folgenden ganz wesentlich um die *Überschneidungen* dessen, was sich zunächst als eigenständige Umweltbewegung darstellt, mit einem generalisierten staatskritischen Protest einschließlich einer »Friedensbewegung, die – auch wenn sie Anfang der 80er Jahre einen Mobilisierungshöhepunkt erlebt – hier durchgängig aktiv bleibt. (So ist etwa – entgegen der Auffassung, die »alternative« Linke« habe das Militärthema erst ab 1977 entdeckt⁷¹ – die Kriegsthematik in diesem Protestzyklus durchgängig präsent und prägt dann auch die Weise, in der technikgenerierte Schadenspotentiale verstanden werden.) Das neue entstehende Deutungsmuster und sein Wandel lassen sich besser begreifen, wenn man

70 Konzentriert man sich (wie Mende, *Geschichte der Gründungsgrünen*) auf die unmittelbare Phase der Partei Gründung, dann tritt die Frage in den Vordergrund, wie die Kooperation zwischen unterschiedlichen Fraktionen der »neuen Linken« einerseits, einigen weit rechts stehenden Gruppen andererseits möglich wurde; als integrierendes »grünes« Deutungsmuster erscheint dann das, was diese Kooperation ermöglichte (vgl. z.B. ebd. S. 371). Dagegen wird im Folgenden versucht, die Frage nach dem Deutungsmuster, das für einen Teil der »neuen Linken« die Wendung zu »grünen« Themen plausibel machte, von der Frage zu trennen, wie die nur kurze Zeit währende, eher opportunistische Kooperation mit rechten Gruppen möglich wurde.

71 So Susanne Schregel, *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür*, 2011, S. 53ff.

sieht, wie diese Themen einander wechselseitig einfärben und Relevanz verleihen.

Für eine Erklärung ist hier zunächst herauszuarbeiten, in welchem Maße den Beteiligten in der jeweiligen Handlungssituation das Ergebnis ihres Engagements *ungeniss* war;⁷² Darstellungsweisen, die diese Ungewissheit ausblenden, verleihen einer strukturdeterministischen Position den Anschein der Plausibilität, weil sie die Vorstellung stützen, das beobachtete Handeln lasse sich als direkte, nur über rationale Entscheidungen vermittelte Folge der jeweils objektiv gegebenen Rahmenbedingungen erklären. Darum arbeitet dieses Buch auch in der Darstellung das *Prozessmoment* – die *Sequenzialität* des Geschehens – heraus; in diesem Sinne geht es hier um eine *historische* Soziologie.⁷³ Das soll nicht die Vorstellung stützen, das interessierende Geschehen lasse sich nur erzählen, nicht erklären.⁷⁴ Zunächst verweisen Aussagen über pfadabhängige Prozesse ja immer auf spezifische Merkmale der betroffenen sozialen Einheit, aufgrund derer sie sich – als *pfadabhängiges System* – durch bestimmte Typen von Umweltereignissen in einer spezifischen Weise irritieren lässt.⁷⁵ Im Übrigen eignet sich die detaillierte Rekonstruktion des historischen Prozesses gerade besonders gut dafür, die wirksamen Mechanismen zu erfassen (und zu zeigen, warum die gegebenen »strukturellen« Rahmenbedingungen bestimmte Folgen haben oder eben nicht haben):⁷⁶ Sie erlaubt es, unterstellte Verursachungszusammenhänge jeweils in eine *Sequenz* aufzulösen, dabei auch auf die *Wendepunkte* in dieser Sequenz zu achten und davon ausgehend präzisere Erklä-

72 Vgl. die Kriterien, die Bruno Latour (*Science in Action*, 1987) ausgehend von den Problemen der Technik- und Wissenschaftsforschung formuliert.

73 Um den trivialen, aber folgenreichen Umstand, dass alles Handeln in der Gegenwart und ohne Kenntnis der Zukunft geschieht, beim Lesen gegenwärtig zu halten, ist die Darstellung der Protestgeschichte im Präsens verfasst. (Vgl. hier auch Andrew Abbott, »Against Narratives«, 2007, S. 69: Die an sozialen Prozessen Beteiligten erfahren diese Prozesse nicht als narrative Sequenzen, sondern als Abfolgen je separater *durées*. Das gilt auch dann, wenn die zum jeweiligen Zeitpunkt wirksamen Vergangenheits- und Zukunftsbezüge von narrativen Elementen strukturiert werden.)

74 Dagegen Elisabeth S. Clemens, »Towards a Historicized Sociology: Theorizing Events, Processes, and Emergence«, 2007; Hella Dietz, »Prozesse erzählen«, 2014.

75 Zum Konzept des pfadabhängigen Systems vgl. Jack Goldstone, »Initial Conditions, General Laws, Path Dependence, and Explanation in Historical Sociology«, 1998, S. 834ff.

76 Vgl. Renate Mayntz, »Zur Theoriefähigkeit makro-sozialer Analysen«, 2002, über »kausale Rekonstruktionen«.

rungen zu formulieren.⁷⁷ Daraus ergibt sich auch eine stärkere Aufmerksamkeit für die Rolle von *Ereignissen* – nicht, um zu einer mythisierenden »Ereignisgeschichte« zurückzukehren, sondern um Wendepunkte in Prozessen kulturellen Wandels zu erfassen. Im Sinne einer solchen auch von Durkheim inspirierten historischen Soziologie schreibt William H. Sewell: »Events must be assumed to be capable of changing not only the balance of causal forces operating but the very logic by which consequences follow from occurrences or circumstances. [...] [E]vents bring about historical change in part by transforming the very cultural categories that shape and constrain human action. Because the causalities that operate in social relations depend at least in part on the contents and relations of cultural categories, events have the power to transform social causality.«⁷⁸ Im untersuchten Fall haben sich dabei Gewaltereignisse als besonders wichtig erwiesen; das vorliegende Buch versucht hier, die Einsicht der Gewaltforschung zu beherzigen, dass die Erklärung der Ursachen und Folgen solcher Ereignisse eine genauere Analyse der Gewaltsituationen selbst erfordert.⁷⁹

Als Material nutze ich vor allem die protesteigenen Printmedien; sie helfen nachzuzeichnen, wie ein bestimmter Protestgegenstand sich für die Beteiligten schrittweise verfestigt, und lassen die Ungewissheit, mit der die Protestteilnehmer konfrontiert sind, deutlicher erkennen. Als Auswertungsmethode dient nicht die standardisierte Inhaltsanalyse, die das Material nach vorab festgelegten Kategorien betrachtet und kaum geeignet ist, Vorannahmen zu irritieren, sondern das Verfahren der hermeneutischen Sequenzanalyse;⁸⁰ das soll es erlauben, die Perspektive der Beteiligten tat-

77 Zu den Gründen, sich für Wendepunkte zu interessieren, vgl. Andrew Abbott, *Time Matters*, 2001, S. 240ff.

78 William H. Sewell, *Logics of History*, 2005, S. 101. Vgl. auch David Diehl, Daniel McFarland, »Toward a Historical Sociology of Situations«, 2010.

79 Vgl. Trutz von Trotha, »Zur Soziologie der Gewalt«, 1997; für eine Studie, die diese Forderung exemplarisch erfüllt, vgl. Ferdinand Sutterlüty, *Gewaltkarrieren*, 2002. Innerhalb der Protestforschung fordert Mark Lichbach (»How to Organize Your Mechanisms«, 2005) dazu auf, Gewaltereignisse im Hinblick auf ihren internen Ablauf zu analysieren, um auf diese Weise Mechanismen zu erfassen, die auf die jeweilige Protestgeschichte insgesamt prägend wirken.

80 Für eine Darstellung des Verfahrens vgl. Ulrich Oevermann, »Die Methode der Fallrekonstruktion«, 2000, S. 64ff. Andere Arbeiten, die dieses Verfahren zur Untersuchung der grünen Politik nutzen, sind: Alfons Bora, *Differenzierung und Inklusion. Partizipative Öffentlichkeit im Rechtssystem moderner Gesellschaften*, 1999; und Lamla, *Grüne Politik*. Vgl. auch Heinz Bude, *Das Altern einer Generation*, 1995, über die Studentenbewegung, sowie Michael Corsten, Michael Kauppert, »Wir-Sinn und fokussierte Motive. Zur biographi-

sächlich nachzuvollziehen, auch dort, wo sie unvernünftig, größtenwahnsinnig, peinlich erscheint – denn nur dann lässt sich dieser Prozess erklären.

Der *erste Teil* rekonstruiert die Herausbildung des Protestfelds, dessen interne Dauerkonkurrenz in Westdeutschland die Entstehung einer grünen Politik antreibt. Zu diesem Zweck zeichnet er zunächst die mit dem Ausschluss des SDS aus der SPD beginnende Protestdynamik nach, deren erster Höhepunkt die »antiautoritären« Proteste bilden: Dort werden das Deutungsmuster und die Handlungslogik institutionalisiert, die bis in die 80er Jahre den Konflikt anleiten. Danach präsentiert er die wichtigsten Fraktionen dieses Felds: die ML-Bewegung (K-Gruppen), die »Undogmatischen« und die radikalpazifistische »gewaltfreie« Bewegung. – Der *zweite Teil* zeigt, wie in Westdeutschland eine Anti-AKW-Bewegung als Spätfolge des »antiautoritären« Protests entsteht. Er stellt dar, wie die Binnendynamik des Protestfelds – zuerst in seiner »gewaltfreien«, dann auch in seiner »militanten« Fraktion – eine neuartige Politisierung technischer Risiken in Gang setzt, die über eine radikale Staatskritik vermittelt ist und in einer negativen Sakralisierung der Kerntechnik mündet; das bereitet auch den endgültigen Bruch mit jenem Programm einer Arbeiterpolitik vor, das für die Studentenbewegung zentral war. – Der *dritte Teil* erklärt die außerparlamentarische Institutionalisierung der grünen Politik, die eine entscheidende Voraussetzung für die parteipolitische Institutionalisierung bildet. Er zeigt zum einen, wie sich der Protest trotz immer ungünstigerer politischer Gelegenheiten verstetigt, zunächst über euphorische Erfahrungen des gemeinsamen Protestierens, dann auch durch die Aufwertung von Protest zur Beweishandlung. Zum anderen zeigt er, wie das kernkraftkritische Deutungsmuster sich zu einem allgemeinen grünen Diskurs verallgemeinert, der eine vorher nicht denkbare Neuordnung politischer Probleme vollzieht.

Dieses Buch ist eine deutlich überarbeitete und erweiterte Fassung des zweiten Teils meiner Dissertation, die unter dem Titel »Kritik und Gewalt. Zur Genealogie der westdeutschen Umweltbewegung« im September 2007 am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt angenommen wurde. An dieser Stelle möchte ich mich bei all denen bedanken, die diese Arbeit unterstützt haben. Zunächst habe ich einer Reihe von Institutionen zu danken: dem Graduiertenkolleg »Genese, Strukturen und Folgen von Wissen-

schen Genese bürgerschaftlichen Engagements«, 2007. Die fachlich Interessierten seien nochmals auf die Nachbemerkenngen zur Methode verwiesen.

schaft und Technik« am (inzwischen leider nicht mehr existierenden) Institut für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Bielefeld, sowie dem Max-Weber-Kolleg, für hervorragende Arbeitsbedingungen und die Gelegenheit zu wirklich interessanten Diskussionen; der Hans-Böckler-Stiftung und der Jutta-Heidemann-Stiftung; für finanzielle Förderung; und dem Archiv Soziale Bewegungen (Freiburg), dem Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Bibliothek des Otto-Suhr-Instituts (FU Berlin), die mir überhaupt erst den Zugang zum Material eröffnet haben. Im Übrigen möchte ich zuallererst Hans Joas und Alfons Bora danken, die nicht nur die Begutachtung der Dissertation übernommen, sondern auch die entscheidenden kritischen Fragen gestellt haben. Sodann den anderen Mitgliedern der Promotionskommission: Hans Kippenberg, Wolfgang Knöbl und Alexander Thumfart. Bettina Hollstein danke ich für vielfältigste Unterstützung. Danken möchte ich auch Heinz Bude und nochmals Alfons Bora, weil sie mich (gegen Widerstände) vom Nutzen der hermeneutischen Sequenzanalyse überzeugt haben. Ohne die Zeitzeugen, die mir geholfen haben, das Material genauer zu verstehen, wäre es schwierig gewesen, dieses Buch zu schreiben; mein besonderer Dank gilt hier Manfred Lauer- mann. Wichtige Hinweise verdanke ich kritischen Zuhörerinnen und Zuhörern in Bayreuth, Berlin, Brisbane, Frankfurt a.M., Göttingen, Hagen, Helsinki, Kassel, Konstanz, München, Osnabrück, Potsdam und Wuppertal. Besonders danken möchte ich hier dem Goethe-Institut Montréal und seiner damaligen Leiterin Mechtild Manus, die mir eine Diskussion mit einem Publikum ermöglicht hat, dem eine sehr anders verlaufende Protest- geschichte vertraut ist; sowie Monika Wohlrab-Sahr und Stephan Moebius, die mir in ihren Kolloquien Gelegenheit gegeben haben, das ausgearbeitete theoretische Argument zur Diskussion zu stellen. Jochen Roose danke ich für klärende Diskussionen zur Protestforschung. Hella Dietz, Alexander Leistner und Uwe Schimank haben mir durch ihre kritischen Nachfragen geholfen, das Argument von Grund auf zu überdenken. Christoph Liell, Jörg Potthast, Ferdinand Sutterlüty, Niels Taubert und Ines Tobis haben verschiedene Fassungen des Arguments gelesen und sich über Jahre hinweg für Diskussionen zur Verfügung gestellt. Meine Eltern haben mich auch hier in jeder erdenklichen Hinsicht unterstützt. Edna hat mich durch entschiedenes Hämmern an der Tür darauf hingewiesen, dass es ein Leben außerhalb des Arbeitszimmers gibt. – Danke an Dorit, für Alles.

Erfurt, im Juni 2014

I. Die Entstehung eines Protestfelds (1966–1973)

Einleitung

Das zweijährige Mobilisierungshoch, das heute als »Studentenbewegung« erinnert wird, bildet keinen in sich abgeschlossenen Protestverlauf (auch wenn es sich den Zeitgenossen zunächst so darstellen konnte). Seine Bedeutung gewinnt es als Wendepunkt in einer Protestdynamik, die vor 1967 begonnen hat und nach 1969 andauert: Entstehung und interne Dynamik des »linken« ökologischen Protests der 70er Jahre lassen sich nur vor diesem Hintergrund begreifen: Hier entsteht das Deutungsmuster, mit dem die Protestteilnehmer in den 70er Jahren ihre Situation und ihr Handeln begreifen, und das auch eine neue, folgenreiche Deutung technikgenerierter Schadenspotentiale anleitet; auch die in den Protesten der 70er Jahre sichtbare Aufwertung einer »authentischen« Subjektivität hat hier ihren Ausgangspunkt. Zugleich entsteht hier die soziale Struktur, die dieses Deutungsmuster auf Dauer stellt und ihm seine Wirksamkeit verleiht. Beginnt man mit der Betrachtung an diesem Zeitpunkt, dann lässt sich auch erkennen, dass der Entstehungsprozess dieser »grünen« Politik von Anfang an durch ein stabiles Set sozialer Mechanismen angetrieben wird, die sich am besten aus einer religionssoziologischen Perspektive begreifen lassen.

Die folgende Darstellung konzentriert sich stärker als derzeit üblich auf die Rolle einiger weithin sichtbarer Einzelereignisse. Bekanntlich gelten im öffentlichen Reden über die westdeutsche Studentenbewegung meist zwei lokale Gewaltereignisse als entscheidende Wendepunkte: die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch einen Westberliner Polizisten am 2. 6.1967 und das Attentat auf Rudi Dutschke am 11.4.1968. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht scheint auf den ersten Blick nahezuliegen, dass aus solchen punktuellen Vorfällen nicht viel folgen konnte, ihre Aufwertung somit als bloße Mythisierung zu deuten und eine Erklärung unbedingt anderswo zu suchen ist. Im Folgenden versuche ich dagegen, diese von den Beteiligten mythisierten Ereignisse durchaus ernst zu nehmen – nicht, um die Mythisierungen der Beteiligten zu wiederholen, sondern um zu

erfassen, wie sich das Deutungsmuster herausbildet, das die nun in Gang kommende Protestdynamik antreibt.

Das *erste Kapitel* zeichnet die Entwicklung nach, die zur Entstehung des »antiautoritären« Deutungsmusters führt. Das *zweite Kapitel* widmet sich der Struktur dieses Deutungsmusters einschließlich seiner internen Ambivalenzen, die innerhalb des »antiautoritären« Protestflügels einen Binnenkonflikt befördern. Das *dritte Kapitel* zeigt, inwiefern die aus der Studentenbewegung hervorgehende »neue Linke« als ein Konkurrenzfeld funktioniert, das sich an den Spannungslinien des antiautoritären Diskurses orientiert, und in dem eine Eigendynamik angelegt ist, die auch in den 70er Jahren den linken Protest antreiben wird.